

Veranstaltungsbericht:
„Migration und Vielfalt als Entwicklungsfaktor, 4. Juni 2013

Veranstaltungsbericht

Migration und Vielfalt als Entwicklungsfaktor

Podiumsdiskussion, Dienstag, 4. Juni 2013, 18:00 bis 20:00 Uhr
Springer Schlößl, Tivoligasse 73, 1120 Wien

Impulsvortrag: „Analyse der Migrations- und Integrationspolitik(en) in Österreich und Europa“

Maren BORKERT (Universität Wien)

Am Podium:

Beatrix LEWANDOWSKI (stv. Geschäftsführerin des Österreichischen Integrationsfonds)

Tülay TUNCEL (Mingo Migrant Enterprises / Wirtschaftsagentur Wien)

Maren BORKERT (Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien)

Moderation: **Imogena DODERER** (ORF)

Eine Veranstaltung des Instituts für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE) und der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV). Kooperationspartner/innen: Politische Akademie (PolAk), Centre for European Studies (CES). Gefördert durch die Austrian Development Agency (ADA) und das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ).

Nach der Begrüßung und Einführung durch den Geschäftsführer des Instituts für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE), Johannes Steiner, erläuterte Maren Borkert in ihrem Impulsvortrag Merkmale der Gesellschaften im 21. Jahrhundert, präziserte zahlreiche Begrifflichkeiten der Integrationsforschung und stellte die Integrationspolitik Österreichs und Europas dar. Anschließend folgte eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen des Österreichischen Integrationsfonds, der Wirtschaftsagentur Wien und der Universität Wien. Zum Abschluss bat Moderatorin Imogena Doderer (ORF) das Publikum, Fragen an die Podiumsgäste zu stellen.



Diese und andere IUFE-Veranstaltungen gibt es übrigens nicht nur zum Nachlesen, sondern auch zum kostenlosen Nachhören in unserem IUFE-Podcast. Abzurufen unter: <http://iufe.podspot.de>

Weitere Fotos finden Sie auf der Facebook Seite des IUFE: <https://www.facebook.com/IfEPD>

BEGRÜSSUNGSWORTE: „Globalem Zusammenspiel von Migration, Klimawandel und Umweltschädigung mehr Aufmerksamkeit schenken.“

In seiner Begrüßung hielt Johannes Steiner fest, dass gelungene Integration die Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben voraussetze – ohne Partizipation wäre eine ausgewogene demokratische Gesellschaft nicht möglich. Daher müssten Zuwanderer die Möglichkeit bekommen sich in unserer Gesellschaft einzubinden, um ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Die aufnehmende Gesellschaft müsse das Potential in den zugewanderten Menschen sehen, fördern und auch nutzen, damit alle von dieser Vielfalt profitieren. Steiner verwies darauf, dass im globalen Rahmen Migration und Mobilität Entwicklungsmotoren für Länder mit geringen oder mittleren Einkommen darstellen und viele Entwicklungsländer Ausgangs- aber auch Zielpunkt von Migrationsbewegungen seien. Die rapide Zunahme an Migrationen habe aber auch mit dem globalen Zusammenspiel von Klimawandel und Umweltschädigung zu tun, welche in der Zukunft noch schlagender würden. Daher veranstalte das IUFE am 22. Oktober in der Diplomatischen Akademie eine Veranstaltung zu diesem Thema, zu der er herzlich einlud.

IMPULSVORTRAG: „Analyse der Migrations- und Integrationspolitik(en) in Österreich und Europa.“

In ihrem Impulsvortrag gab Maren Borkert vom Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien einen kompakten Überblick der Integrationspolitik in Österreich und Europa, sowie der Rolle von Wissen und Expert/innen in der Politikgestaltung. Eingangs charakterisierte sie Wesensmerkmale von Gesellschaften des 21. Jahrhunderts und stellte fest, dass diese immer vielfältiger werden. Nationalstaatliche Grenzen würden aufgrund neuer Technologien, erhöhter Mobilität und freiem Kapitalverkehr zusehends durchlässiger. Borkert erläuterte gängige Definitionen von Integration, machte den Unterschied zur Assimilation klar und differenzierte in Systemintegration und Sozialintegration. Die Migrationsforschung unterscheide dabei weiters in strukturelle, kulturelle, soziale und identifikatorische Integration. In der Auseinandersetzung mit dem Begriff der Integrationspolitik erkannte sie eine aktuelle Transformation. Fragen der Umsetzung und Umdefinierung integrationspolitischer Ziele auf verschiedenen Ebenen (Land, Region, Stadt) gelte es demnach verstärkt zu erforschen. In der Darstellung der Entwicklung in der Integrationspolitik in Österreich ab den 1960er Jahren („Gastarbeiter“) machte Borkert deutlich, dass im historischen Kontext das Innenministerium und die Sozialpartner eine bedeutende Rolle spielten und bis heute spielen. Die Wissenschaftlerin diagnostizierte, dass die gegenwärtige österreichische Integrationspolitik auf Anpassung ausgerichtet sei und an der gesellschaftlichen Vielfalt vorbeigehe. Borkert forderte eine neue und unter Einbeziehung der breiten Gesellschaft überdachte Politik der Vielfalt, denn nur diese wäre wirkungsvoll. Die positive Wahrnehmung der Integration und Migration im öffentlichen Diskurs, die Anerkennung von Migrant/innen "zweiter Generation" als Inländer sowie die wachsende Vielfalt der Bevölkerung durch EU-Binnenmigration und die aktuelle "Krisenmigration" aus Südosteuropa sollten dabei im Mittelpunkt stehen. Borkert stellte das Projekt DIAMINT vor. Dieses europäisch-vergleichende Forschungsprojekt untersucht den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Transformationen, sowie Kontextabhängigkeit und Unsicherheit wissenschaftlichen Wissens, und der Umgestaltung der Austauschprozesse zwischen Wissenschaft und Gesellschaft im Bereich Integration von Zuwander/innen. Als Ergebnisse kamen zahlreiche Defizite in der österreichischen Integrationspolitik zum Vorschein (z.B. Dialogstrukturen, Wissensproduktion und -gebrauch). Österreich schneide laut MIPEX, dem europaweiten Integrationsindex, sehr schlecht ab. Das Land weise demnach schlechte Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für Integration auf. Abschließend ging Borkert auf das EU-Rahmenwerk zur Integration ein und erkannte in den letzten Jahren eine Tendenz hin zu einer Europäisierung der Integrationspolitik (z.B. Familienzusammenführung, Daueraufenthaltsrichtlinie). Zusammenfassend sah Borkert die EU als einen gemeinsamen Kulturraum, der zwar innerhalb der Grenzen gleiche Rechte fördere, zuwanderungswilligen Menschen von außerhalb und innerhalb der Gesellschaft (Integrationskurse) mit strengen Zugangskontrollen begegne. Die Integrationspolitik europäischer Staaten sei dahingehend eher als Instrument der Selektion und nicht als Förderung gesellschaftlicher Vielfalt zu verstehen.

Beatrix LEWANDOWSKI: „Die Gesellschaft muss sich öffnen und Integration zulassen.“

Lewandowski stellte klar heraus, dass der Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) die erfolgreiche Integration der Menschen in Österreich und die Ermöglichung der Teilhabe an der Gesellschaft sei. Dies geschehe in erster Linie durch Sprachkurse, berufsspezifische Kurse, Informationsplattformen, Mentoringprogramme für Migrant/innen und unterschiedliche Projekte (z.B. „Zusammen:Österreich“, „Bewerbungs-fair-fahren“). Lewandowski sieht den ÖIF als federführenden Akteur im Integrationsbeirat und betonte,

Veranstaltungsbericht:
„Migration und Vielfalt als Entwicklungsfaktor, 4. Juni 2013

dass sich in Österreich in den letzten drei Jahren sehr vieles zum Positiven verändert hat. Im nationalen Integrationsprozess sei einiges in Bewegung gesetzt worden, allerdings würden nicht alle Potentiale optimal genutzt werden, wiewohl sie an positive Entwicklungen im Bereich der Integration in Österreich glaube. Den Begriff „Personen mit Migrationshintergrund“ sah sie kritisch, da dies oftmals als negative Punzierung verstanden werde. Allerdings wären solche Kategorien für die statistische Erfassung und Evaluierung notwendig. Lewandowski bedauerte die rückläufigen Einbürgerungszahlen der letzten Jahre, da dies zugleich auch mangelnde Partizipation der Zuwander/innen (fehlendes Wahlrecht für Nicht-Staatsbürger/innen) bedeute.

Tülay TUNCEL: „Ethische Ökonomie wird zunehmend wichtiger.“

Tuncel betonte in ihren Statements die Chancen von Vielfalt unter Gewerbetreibenden. Als neuer Bereich der Integrationspolitik erfährt die Wirtschaft allmählich wachsende Bedeutung. Die Wirtschaftsagentur Wien mache daher Sprache, Kultur und Wirtschaft zu zentralen Aufgaben ihrer Tätigkeiten. Der Fokus der von ihr betreuten „Mingo Migrant Enterprises“ liege dabei auf Personen, die sich in Wien selbstständig machen wollen bzw. bereits unternehmerisch tätig sind. Mit Gründungs- und Finanzierungscoaching in vielen verschiedenen Sprachen, sowie Informations- und Vernetzungsveranstaltungen wolle Mingo Migrant Enterprises unterstützen. Es sei notwendig, dass Vielfalt und Wert der Leistungen von Migrant/innen für die Gesamtbevölkerung anerkannt werde. In der politischen Diskussion der vergangenen Jahre sah Tuncel positive Entwicklungen und betonte, dass der Integration auf kommunaler Ebene eine wichtige Rolle zukomme – denn: „genau dort geschieht Integration, vor Ort“. Die Stadt Wien nehme in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle ein, etwa mit der Installation einer eigenen Integrationsstadträtin oder dem Willkommenspaket für Zuwander/innen. Damit entstehe eine positive Willkommenskultur, die für erfolgreich gelebte Transkulturalität sehr wichtig sei.

Maren BORKERT: „Es fehlen gleichberechtigte Partner/innen im österreichischen Integrationsdialog.“

Borkert diagnostizierte einen elitenbasierten Integrationsdialog und forderte eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen (z.B. vermehrter Miteinbezug kleiner NGOs, die sich um die Anliegen zugewanderter Personen kümmern). Borkert hielt fest, dass Forschungsergebnisse die österreichischen Medien als starken Akteur belegen, da diese den öffentlichen Integrationsdiskurs erheblich mitbestimmen. Gleichzeitig merkte Borkert an, dass die in Medien vertretenen Personen nur begrenzt die Gesamtbevölkerung repräsentativ widerspiegeln. Sie forderte daher eine vielfältige Berichterstattung über Integration in der österreichischen Medienlandschaft. Weiters hielt sie fest, dass es sich bei Menschen der sogenannten zweiten Generation mit Migrationshintergrund um Personen handle, die Deutsch sprechen und eine lokale Identität haben. Deren Stärken, Potentiale und Fähigkeiten gelte es gezielter zu fördern, da dies heute oftmals nicht in ausreichender Form geschehe. Im Gegenteil, werde diese Gruppe, mit der pauschalen Zuschreibung negativer Eigenschaften, als Problem dargestellt.

(Florian Leregger, IUFE)

KooperationspartnerInnen: Institut für Umwelt – Fried – Entwicklung (IUFE), Kommunalpolitische Vereinigung (KPV), Politische Akademie (PoIAk), Centre for European Studies (CES)

Gefördert durch: Österreichische Entwicklungszusammenarbeit, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend